

Wertheimer, Robert G.

Article — Digitized Version

Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Wertheimer, Robert G. (1971) : Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 51, Iss. 9, pp. 466-469

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134306>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Einführung eines Mindesteinkommens – auf die lange Bank geschoben. Dazu werden Angestellte des Bundes das Heer der Arbeitslosen vergrößern und dadurch den größten Teil ihrer Kaufkraft einbüßen.

Wenn zudem die Neuaufteilung der Steueraufkommen ohne Ersatz hinausgeschoben wird, ist nicht zu sehen, wie die meisten Städte einen finanziellen Zusammenbruch vermeiden sollen. Ihre Lage mag zwar dadurch etwas erleichtert werden, daß sie vorläufig nicht mit Gehaltssteigerungen konfrontiert werden. Andererseits wird aber der Lohn- und Preisstopp ihr Aufkommen aus der Umsatzsteuer negativ beeinflussen, und da die Arbeitslosigkeit durch die Reduzierung der Bundesausgaben wachsen wird, werden ihre Sozialausgaben steigen.

Die Ausgabenreduzierungen mag Präsident Nixon in sein Programm wegen seiner eigenen finanzpolitischen Vorurteile aufgenommen haben, oder um die Politiker zu beschwichtigen, die bedingungslose Gegner von großen Budgetdefiziten sind. Einige davon sind unzweifelhaft in seinem eigenen Kabinett zu finden. Aber diese Konzessionen werden sich nicht auszahlen. Da die Regierung sich aus guten Gründen geweigert hat, den Gewerkschaftsforderungen nach einem Gewinnstopp nachzukommen, wäre sie gut beraten ge-

wesen, ihre offene Flanke auf dieser Seite durch ein umfangreiches Arbeitsbeschaffungsprogramm zu schützen. Die Administration beschloß aber, das Gegenteil zu tun.

Mangelnde Überzeugung

Sowohl hier wie im Ausland wird ein großes Zetern anheben über den „dirigistischen“ Charakter des Programms. Seit langem war jedoch klar, daß es in unserer modernen, hochorganisierten Wirtschaft Probleme gibt, für die der Marktmechanismus keine befriedigenden Lösungen liefert. Um aber diesen Mechanismus als Prinzip unseres Wirtschaftssystems zu erhalten, ist es notwendig, untragbare Ergebnisse durch Staatsinterventionen zu korrigieren. Die vorgefaßten Meinungen der Konservativen helfen uns in dieser Situation genau so wenig wie die der extremen Linken. Präsident Nixon versuchte zwar, von den konservativen ökonomischen Tabus wegzukommen – allerdings zu hastig und voller Hemmungen: Er handelte wie jemand, der gezwungen wird zu springen und deshalb springt, bevor ihn sein Mut verläßt. Da er aber nur halbwegs davon überzeugt ist, daß dieser Sprung wirklich eine gute Sache ist, schließt er die Augen vor den gefährlichen Hindernissen, die er vermeiden müßte, wenn der Sprung gelingen soll.

Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten

Robert G. Wertheimer, Cambridge, Mass.

Dem neuen Wirtschaftsprogramm der USA liegen vor allem zwei Ziele zugrunde: Kampf der inflationären Entwicklung und Verringerung der Arbeitslosenzahl. Welches Ausmaß die Arbeitslosigkeit in den USA erreicht hatte, schildert der folgende Beitrag.

Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit ruft in den USA tragische Erinnerungen an die 30er Jahre hervor. Hinzu kommt die Angst, daß die amerikanische Gesellschaft mit diesem zusätzlichen Problem überbeansprucht werden könnte. Es wird immer häufiger die Frage gestellt, ob die gegen-

wärtige Situation auf dem Arbeitsmarkt nur auf kurzfristigen Anpassungsschwierigkeiten beruht oder ob sie eine grundlegende strukturelle und in die Zukunft wirkende Störung des Arbeitsmarktes anzeigt.

Im letzten Jahr belief sich die Zahl der Erwerbstätigen auf 82,7 Mill.; davon waren 52,7 Mill. männliche und 30 Mill. weibliche Arbeitskräfte. Insgesamt beschäftigt waren 1970 jedoch nur 78,6 Mill. Erwerbstätige. Im Juni dieses Jahres lauteten die entsprechenden Zahlen 84 und 79 Mill. Die Zahl der Arbeitslosen nahm somit ständig zu.

Robert G. Wertheimer lehrt als Professor am Babson College for Management Education in Babson Park, Mass. Er ist häufig als Berater der Regierung tätig.

Von einem Tiefstand mit 3 Mill. registrierten Arbeitslosen im Jahre 1969 stieg die Zahl Mitte 1970 auf 4 Mill. und im Juni 1971 auf 5,5 Mill. an ¹⁾.

Folglich kletterten die entsprechenden Arbeitslosenraten von 3,5 % im Jahre 1969 und 5 % 1970 auf den Höchststand von 6,2 % für die ersten Monate des Jahres 1971. (Die durchschnittliche Arbeitslosenrate belief sich dagegen in den letzten 20 Jahren lediglich auf 4,63 %.) Saisonbereinigt wurde zwar für Juni 1971 eine Abnahme der Rate auf 5,6 % gemeldet, aber ob diese Zahl schon eine Verbesserung oder nur eine statistische „Abweichung“ anzeigt, bleibt abzuwarten. Von den rd. 5 Mill. Arbeitslosen sind ca. 2 Mill. Männer, 1,6 Mill. Frauen und 1,4 Mill. Jugendliche.

Ursachen der Arbeitslosigkeit

Diese Arbeitslosigkeit ist die Folge

- einer relativ geringen Zunahme an Arbeitsplätzen;
- eines außergewöhnlich hohen Anstiegs der Zahl der Erwerbstätigen aufgrund des hohen Bevölkerungswachstums in den 50er Jahren;
- einer sehr großen Zunahme der Zahl der erwerbstätigen Frauen;
- einer steigenden Zahl entlassener Soldaten;
- einer starken Abnahme der Verteidigungsausgaben und der dadurch induzierten Arbeitsplätze;
- eines rückläufigen Absatzes der Gebrauchsgüterindustrie aufgrund des schlechten Wirtschaftsjahres 1970 und – damit verbunden – einer Abnahme der Beschäftigung in der verarbeitenden Industrie.

Abnehmende Beschäftigungsmöglichkeiten

In der gütererzeugenden Industrie insgesamt nahm die Zahl der Arbeitsplätze 1970 um 700 000 ab. Davon wurden vor allem angelernte und Facharbeiter betroffen. Ein Drittel der verlorengegangenen industriellen Arbeitsplätze ist allein auf weitere Kürzungen der Militärausgaben für schwere Waffen, Flugzeuge und Kommunikationsausrüstungen zurückzuführen. Einige Regionen mit einer starken Konzentration an Rüstungsindustrien litten besonders stark unter diesen Kürzungen. Weiterhin zählten vor allem die wissenschaftlichen und technischen Berufe zu den Leidtragenden. Starke Verluste an Arbeitsplätzen hatten auch die Automobilindustrie, die Bauindustrie und die Investitionsgüterindustrie zu verzeichnen. Allein in der Bauindustrie ging die Beschäftigtenzahl um 200 000 zurück ²⁾.

¹⁾ Aufgrund des Eintritts der graduierten Studenten in das Berufsleben ist der Juni jedoch immer der Monat mit der höchsten Arbeitslosenrate. Saisonbereinigt waren im Juni 4,7 Mill. Arbeitskräfte arbeitslos.

Auf der anderen Seite erhöhte sich die Beschäftigtenzahl im Dienstleistungssektor um 1,2 Mill. Zunahmen waren hier vor allem in der staatlichen und Gemeindeverwaltung zu verzeichnen, die 500 000 neue Arbeitsplätze schufen. Viele dieser neu geschaffenen Arbeitsplätze ermöglichen aber nur eine Teilzeitarbeit, die von vielen Jugendlichen und Frauen wahrgenommen wird. Per Saldo nahm damit die Gesamtbeschäftigung 1970 um 500 000 zu. Dieser Zuwachs reichte jedoch nicht aus, um den starken Arbeitslosenanstieg in diesem Jahre zu verhindern. Insbesondere für die männlichen Arbeitskräfte konnte kein Zuwachs an Beschäftigungsmöglichkeiten verzeichnet werden. Die Arbeitsplätze für Frauen erhöhten sich lediglich um bescheidene 500 000. Auch Jugendliche konnten kaum in neue Beschäftigungsmöglichkeiten vermittelt werden. Eine Umstrukturierung erfolgte dadurch, daß sich für Arbeiter die Beschäftigungsmöglichkeiten um rd. 500 000 verringerten – 1969 wurde noch ein Zuwachs von 700 000 Stellen erzielt –, während für Angestellte die Zahl der Arbeitsplätze um 1 Mill. anstieg. Einen detaillierten Überblick über die Entwicklung der Arbeitslosenraten von 1969 auf 1970 verschiedener Bevölkerungs- und sozialer Gruppen gibt die nachstehende Tabelle.

Arbeitslosigkeit 1969 und 1970

	Arbeitslosenrate in %	
	1970	1969
Von der staatlichen Arbeitslosenversicherung erlaßte Arbeitnehmer	4,4 ¹⁾	.
Verheiratete männliche Arbeitnehmer insgesamt	2,6 ²⁾	1,5
Männliche Arbeitnehmer über 20 Jahre insgesamt	3,5	2,1
Männliche Arbeitnehmer zwischen 20 u. 24 Jahren	8,5	5,0
Entlassene Soldaten	9,0	4,5
Weibliche Arbeitnehmer insgesamt	4,8	3,7
Jugendliche insgesamt	15,3	12,2
Angestellte insgesamt	2,9	2,4
Ingenieure	2,2	0,8
Arbeiter	7,0	4,9
Fabrikarbeiter	7,6	3,8
Arbeiter im Dienstleistungssektor	5,6	4,7

¹⁾ Juni 1971.

²⁾ Im Mai 1971 waren es schon 3,3 %. Damit war diese Rate aber beträchtlich niedriger als z. B. 1958 mit 4,9 % und 1961 mit 4,7 %.

Farbige besonders betroffen

Geographisch gesehen wiesen die Westküste, Neu-England und Michigan die höchsten Verluste an Arbeitsplätzen auf. In den Armutsgebieten der 100 größten Großstadtreionen, deren Bewohner – vor allem Farbige – hauptsächlich in weniger qualifizierten Dienstleistungsbereichen tätig sind, stieg die Arbeitslosenrate von 5,5 % im Jahre 1969 auf 7,6 % im Jahre 1970 an. In den vor allem von Weißen bewohnten Gebieten erhöhte sie sich dagegen nur von 3,1 % auf 4,6 %.

²⁾ Dies war die Folge der sehr hohen Hypothekenzinsen und übermäßigen Lohnerhöhungen. Die Bauarbeiter machen 5 % der Gesamtbeschäftigten aus. Sie stellten aber im Jahre 1970 17 % aller Arbeitslosen.

Die Zahl der beschäftigten farbigen Arbeitskräfte wuchs um 61 000 und betrug damit insgesamt im Jahre 1970 8,5 Millionen. Somit erzielte dieser Bevölkerungsteil zwar den gleichen prozentualen Zuwachs wie die weiße Bevölkerung, die Zahl der farbigen Arbeitskräfte stieg jedoch um 250 000 auf insgesamt 9,2 Mill., so daß sich die Arbeitslosenzahl auf 750 000 im Jahre 1970 erhöhte (1969: 570 000). Das entspricht einer Arbeitslosenrate von 8,2 % (1969: 6,4 %³⁾). Für die Farbigen hätten 1970 300 000 zusätzliche Arbeitsplätze bereitgestellt werden müssen, damit ihr Arbeitslosenanteil dem der weißen Bevölkerung entsprochen hätte. In den sogenannten Angestelltenberufen nahm jedoch die Beschäftigung der Farbigen mit der beträchtlichen Zuwachsrate von 7 % zu. Dies zeigt die Bedeutung einer besseren Ausbildung und eine weitere Verringerung der Diskriminierungen an.

Die Arbeitslosenrate der farbigen männlichen Arbeitskräfte betrug im Dezember 1970 5,6 % (die der weißen: 3,2 %); die Rate der farbigen weiblichen Arbeitskräfte belief sich auf 6,9 % (weiße Frauen: 4,4 %). Die Lage der farbigen Jugendlichen blieb weiterhin schlecht. Obwohl ihre Arbeitslosenzahl nicht allzu schnell anstieg, erreichte sie doch den Wert von 29 % (weiße Jugendliche: 13,5 %). Dabei muß berücksichtigt werden, daß die meisten Jugendlichen noch irgendeine Schule oder andere Ausbildungsstätten besuchten, so daß ihre Arbeitslosenrate hauptsächlich ihre Beschäftigungslosigkeit nach Schulbesuch wiedergibt.

Von einer Kriegs- zur Friedenswirtschaft

Der starke Anstieg der Arbeitslosigkeit hat zwei eindeutige interdependente Gründe:

- der Wechsel von einer Kriegs- zu einer Friedenswirtschaft (wenn auch diesem Punkt allzu häufig zu viel Gewicht beigelegt wird) und
- der Kampf gegen die inflationäre Entwicklung.

Die Truppenerhöhungen in Vietnam zwischen 1965 und 1968 schufen 1,2 Mill. zusätzliche Arbeitsplätze vor allem in der privaten Rüstungsindustrie und verringerten den Arbeitskräftebestand um 1 Mill. eingezogene Soldaten. Seit 1968 allerdings nahm die Zahl der Arbeitsplätze in der privaten Industrie, die von Regierungsaufträgen abhängen, um 1,4 Mill. ab. Zusätzlich entließen die Streitkräfte 500 000 Mann⁴⁾. Wären die Verteidigungsausgaben nicht gekürzt worden, hätten 1970 in der Industrie 800 000 zusätzliche

Arbeitsplätze bereitgestellt werden können. So nahm die Beschäftigung um fast die gleiche Größenordnung ab.

Auch die Käufe der Bundesregierung spielen für die Höhe der Beschäftigung eine sehr große Rolle. Gegenwärtig hängen rd. 6 Mill. Arbeitsplätze von ihnen ab. Insgesamt wurden die öffentlichen Ausgaben aber nur geringfügig erhöht, um die Inflation nicht anzuheizen: Sie stiegen von 180 Mrd. \$ im Fiskaljahr 1968 auf 190 Mrd. \$ im Jahre 1969 und auf 206 Mrd. \$ im Jahre 1970. Gleichzeitig wurde der Anteil der Ausgaben für Güter und Dienste von 52 % auf 48 % des Gesamtbudgets reduziert, während der Anteil der Transferausgaben von 37 % auf 42 % zunahm. Offensichtlich schaffen derartige Transfers, d. h. Wohlfahrts- und Gesundheitsausgaben, die Beihilfen für entlassene Soldaten, Subventionen usw., je Dollar nicht so viele Arbeitsplätze wie direkte Ausgaben für den Kauf von Industrie- oder anderen Gütern, die einen größeren Multiplikatoreffekt haben.

Allein aufgrund der Verteidigungsausgaben werden heute noch 4 Mill. Arbeitnehmer beschäftigt. Damit stehen rd. 8 % aller industriellen Arbeitsplätze auf irgendeine Weise mit den Verteidigungsanstrengungen in Verbindung, während nur 2,2 % aller Arbeitsplätze der nicht zum Rüstungssektor gehörenden Industrien von Regierungsaufträgen abhängen⁵⁾. Das ist der Grund, weshalb die Beschäftigungsflaute aufgrund der Abstriche bei den Verteidigungsausgaben nicht vermieden werden konnte, obwohl sie durch andere Regierungsausgaben — vor allem durch zusätzliche Transferzahlungen — in entsprechender Größenordnung kompensiert wurden.

Geringe Expansion des privaten Sektors

Auch die private Industrie wies eine geringere Expansion auf; zunächst wegen der sehr strengen Restriktionspolitik, die jedoch im Mai 1970 eingestellt wurde, und zweitens aufgrund des langsamen Anstiegs der Konsumausgaben — der wahrscheinlich eine Folge der Furcht vor einem Verlust des Arbeitsplatzes war. Dieses abwartende Verhalten spiegelt sich in einer trotz der inflationären Entwicklung ungewöhnlich hohen persönlichen Sparquote von 7,5 % wider, angesichts der man eher vom Geldhorten als von einem Geldausgeben sprechen kann.

Die Lohnerhöhungen im gesamten privaten Sektor betragen zwar nur „mäßige“ 7 %, die stagnierende Produktivitätsentwicklung trieb aber die

³⁾ Die entsprechende Rate betrug im gesamten Durchschnitt 1970 5,5 % (1969: 3,1 %).

⁴⁾ Folglich ist es korrekt zu argumentieren, daß die Kürzungen im Rüstungssektor zwei Drittel des Anstiegs der Arbeitslosigkeit im Jahre 1970 verursachten.

⁵⁾ 1 Mrd. ausgegebene Dollar schaffen rd. 100 000 Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor. Die Verteidigungsausgaben schaffen dabei in der Regel 10 % mehr Arbeitsplätze als die anderen Ausgaben. Im privaten Sektor dagegen werden pro 1 Mrd. \$ Ausgaben 80 000 Arbeitsplätze geschaffen.

Kosten je Arbeitseinheit so in die Höhe, daß die Unternehmen gezwungen wurden, in jedem Bereich zu sparen – so auch bei den Arbeitskräften. Darüber hinaus wirkten sich auf die Beschäftigung auch die wenig expandierenden Exporte nicht alizu positiv aus, während die explosionsartig ansteigenden Importe sehr negative Auswirkungen auf die Beschäftigung in vielen Bereichen wie z. B. der synthetischen Textilien, der Autoproduktion, Teilen der elektronischen Industrie, bei den Gummi-, Plastik- und Stahlerzeugnissen usw. hatten.

Weiterhin sind auch Strukturwandlungen zu einem gewissen Grade für die Arbeitslosigkeit verantwortlich. Die Immobilität und die Technologie, die Innovationen und die Automation haben sicherlich die Arbeitslosigkeit mit verstärkt. Die „Staatliche Kommission für Technologie, Automation und wirtschaftlichen Fortschritt“ folgerte jedoch erst kürzlich, daß die steigende Arbeitslosigkeit des Jahres 1970 hauptsächlich auf ein „nicht ausreichend schnelles Wirtschaftswachstum“ als Folge mangelnder Konsum- und Investitionsausgaben zurückzuführen ist und nicht auf die verstärkte Anwendung neuer Technologien.

Eine Abnahme der gegenwärtigen Arbeitslosenrate von 6% auf 4%, die als Vollbeschäftigungsniveau angesehen wird, oder in absoluten Zahlen die Verringerung von heute 5 Mill. auf 3 Mill. Arbeitslose, die in den USA ein Minimum darstellen⁶⁾, würde bis Ende 1972 ein jährliches reales Wachstum des BSP von 5% erfordern. Dieses Ziel würde in diesem Jahr mit einem BSP in Höhe von 1065 Mrd. \$ erreicht werden. Gegenwärtig expandiert aber die Volkswirtschaft nicht schnell genug, um dieses Niveau innerhalb eines Jahres zu erlangen, und nur ein echter Aufschwung könnte eine stärkere Reduzierung der Arbeitslosenzahl mit sich bringen. Ob dieser allerdings mit dem neuen Wirtschaftsprogramm erreicht werden wird, bleibt abzuwarten.

⁶⁾ Aufgrund eines gewissen Kerns an Arbeitslosigkeit (einschließlich einer friktionellen und strukturellen Arbeitslosigkeit in bestimmtem Umfange), der hohen, notwendigen und auch vorhandenen Arbeitsmobilität, des schnellen Strukturwandels usw., stimmen die meisten Wissenschaftler überein, daß eine Rate von 3,8–4% als Vollbeschäftigungsrate bezeichnet werden kann. In der Vergangenheit wurden 3% – aber niemals weniger – als mit dem Vollbeschäftigungsziel vereinbar angesehen. Minister Connally betrachtet heute eine 4%ige Arbeitslosigkeit als Zielgröße, eine Größe allerdings, die in den letzten 25 Jahren mit Ausnahme der Kriegszeit nie erreicht worden ist. Daher scheint er 4,5% als bestes und befriedigendes Ergebnis zu akzeptieren.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

BESTIMMUNGSGRÜNDE DER PREISENTWICKLUNG AUF DEM WELTZINNMARKT

von Helmut Stodieck

Auf dem Weltzinnmarkt treten die für Rohstoffe typischen und oft abrupten Preisfluktuationen besonders deutlich in Erscheinung. In der vorliegenden Studie werden die Möglichkeiten für eine Stabilisierung dieses speziellen Marktes analysiert. Besondere Berücksichtigung findet dabei u. a. die Darstellung der Preiseinflüsse von Produktion, Verbrauch, Lagerbewegung und Osthandel. Hieraus und aus der Charakterisierung der Stabilisierungswirkung von internationalen Zinnabkommen ergeben sich erfolgversprechende Ansatzpunkte zur Dämpfung der weltweiten Preisfluktuation.

Oktav, 186 Seiten, 1970, brosch. DM 34,—

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G